

## Was hilft Unterscheidungsverweigerung?

Ob solche *Unterscheidungsverweigerung* auf die Dauer praktikabel ist? Und darf man einen primär arbeits- bzw. beamtenrechtlich gefüllten Dienstbegriff so sehr ekklesiologisch aufladen, daß er mit dem theologisch verstandenen Begriff der Sendung nicht nur harmonisiert, sondern praktisch identisch wird? Der gewiß nicht der Unkirchlichkeit verdächtige *Oswald von Nell-Breuning* hat wiederholt und mit Nachdruck bekräftigt: „Wie derjenige, der in seiner dienstlichen Funktion die Autorität des Staates oder der Gemeinde repräsentiert, eben deswegen sehr viel strengeren außerdienstlichen Bedingungen unterliegt als derjenige, der nur untergeordnete Funktionen ausübt, so gilt ... dasselbe für den kirchlichen Dienst“ (Stimmen der Zeit, 195. Band [1977] S. 308). Und der gleiche von Nell-Breuning: „Gewiß wäre es schön, wenn Sach- und Personenziel immer übereinstimmen. Das muß aber nicht so sein ...“ Und: „Weder die Sachlogik noch ein ethisches Gebot nötigen dazu, daß, wer irgendwie an einem Werk beteiligt ist, sich auch dessen Sachziel zueigen macht“ (Stimmen der Zeit, 196. Band [1978] S. 632), und in diesem Sinne gebe es durchaus einen begründeten Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie bei anderen Arbeitsverhältnissen auch.

Wäre die Kirche eigentlich schlecht beraten, wenn sie so, wie der Staat zwischen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst (letztere mit Tarif- und Streikrecht) unterscheidet, unterscheiden würde zwischen solchen, die durch ihren Dienst die *Sendung der Kirche repräsentieren* und jenen, die nur einer *beliebigen Sachfunktion wegen in ihrem Dienst stehen*, und wenn sie letztere behandelte wie der Staat seine Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst behandelt? Dabei müßte nicht einmal der Chefarzt eines katholischen Krankenhauses dann unbedingt „Kirchenbeamter“ sein, weil es gerade bei ihm in erster Linie auf seine ärztliche Funktion ankommt, und bei der Mathematiklehrerin einer

katholischen Schule dürfte es sich nicht viel anders verhalten.

Es bleibt dann freilich immer noch der Streitpunkt *persönliche Lebensführung*. Sicher gibt es da schwer auszutarierende Spannungen zwischen kirchlicher Glaubwürdigkeit und persönlicher Lebenslage. Aber Sünder sind Christen allzumal, ob Laien oder Kleriker, ob verheiratet, geschieden, wiederverheiratet oder unverheiratet. Man kann manche von ihnen als „öffentlich“ *privilegieren*, aber wer dies tut, muß sich auch nach der Redlichkeit solcher Privilegierung fragen lassen. Und auf die Dauer werden auch kirchliche Dienstgeber nicht um das Eingeständnis herumkommen, daß es im Falle der Kündigung von wiederverheirateten Geschiedenen gar nicht um die kirchliche Lehre von der Unauflös-

lichkeit der Ehe selbst, sondern um die Art der „*Sanktionen*“ geht, die die Kirche gegen diejenigen verhängt, die sich dagegen verfehlt haben. Und hier hat die Kirche von ihrem Stifter und von ihrem Selbst- und Moralverständnis her durchaus Spielraum.

Der bischofseigene „*Rheinische Merkur*“ (29. 7. 83) meinte: So klar die Erklärung sei, so viel Streit werde es auch weiterhin in vielen Fragen der Praxis geben: „Muß die geschiedene und wiederverheiratete Telefonistin einer Kirchenzeitung ausscheiden? Wird ein schlechter qualifizierter katholischer Psychologe dem evangelischen vorgezogen? Wie sollen kirchliche Mitarbeiter lernen, ihre Rechte zu vertreten, wenn ihnen die Teilnahme einer (gewerkschaftlichen) Schulung verweigert wird?“ So wird's wohl sein.

D. S.

## Umwelttheologie: beherrschen und bewahren

„Wachset und vermehrt euch, erfüllt die Erde, macht sie euch untertan und lenkt die Fische im Meer, die Vögel am Himmel und alle Tiere, die sich auf der Erde bewegen!“ – So lautet nach dem biblischen Schöpfungsbericht (Gen 1,28) der Auftrag Gottes an die Menschen. Über die Interpretation des hebräischen „*kabas*“, das sowohl „drauftreten“ (unterjochen) bedeuten kann als auch „Herrschaft ausüben“, und des Verbuns „*radah*“ (herrschen/lenken) ist unter den Exegeten eine lebhafteste Diskussion zugange. Daß man inzwischen, wie der Münchner Alttestamentler *Josef Scharbert*, zur zweiten, abgemilderten Übersetzungsmöglichkeit neigt – die auch durch den biblischen Kontext nahegelegt wird –, hängt zweifellos mit der neu erwachten Sensibilität für die gefährdete Schöpfung zusammen. Eine Rolle spielt dabei auch *Carl Amerys* vor mehr als zehn Jahren aufgestellte These von den „gnadenlosen Folgen des Christentums“, mit der er diesem ein Gutteil der Schuld an der jetzigen Umweltkrise zuweist. Wie immer man Amerys Vorwurf bewerten mag – für die Theologen steht jedenfalls fest, daß ein fahrlässiger und zerstörerischer

Umgang mit der Natur in der Bibel keine Grundlage findet.

### Solidarität mit der bedrohten Schöpfung

Aus dem gemeinsamen Zeugnis aller biblischen Tradenten gehe hervor, daß Gott die Welt als eine geordnete und sinnerfüllte ins Dasein gerufen hat, erklärte Scharbert auf einer gut besuchten Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema „Schöpfungstheologie und Umwelt“, die am 18./19. Juli in München stattfand und vorwiegend Theologen und Umweltpolitiker auf dem Podium vereinte. Gott habe sich dabei den Menschen zum „Partner“ erwählt, so Scharbert weiter, damit er die Erde bearbeite und hege – wie der Jahwist es beschreibt. Dem Beherrschen korrespondiert also in der biblischen Überlieferung das Behüten und Bewahren, die Sorge des Menschen um die ihm anvertraute Schöpfung. (In diesem Sinn argumentieren auch die deutschen Bischöfe in ihrer 1980 verabschiedeten Erklärung „Zukunft der Schöpfung – Zukunft der Menschheit“; vgl. HK, November 1980, S. 560–566.) Der biblische Herr-

schaftsauftrag wird heute in erster Linie als ein Gestaltungsauftrag verstanden; er ist, wie der Mainzer Sozialethiker und Beauftragte des Bistums Mainz für Fragen des Umweltschutzes, *Martin Rock*, es formulierte, „keine Magna Charta schonungsloser Naturbeherrschung und kein Freibrief für anthropozentrische Arroganz“. „Herr der Schöpfung“ sei der Mensch nur insoweit, als er mit der Natur „solidarisch“ bleibe.

Es ist noch nicht lange her, daß die Theologen sich zur Solidarität mit Gottes bedrohter Schöpfung aufgerufen fühlen und sich um die „theologische Würdigung unseres Lebensraumes Erde“ (Rock) bemühen. Die Schöpfungslehre hatte in der Theologie stets ein Schattendasein geführt und war im Zuge fortschreitender naturwissenschaftlicher Erkenntnis vollends vernachlässigt worden. Zwar habe es immer wieder Ansätze gegeben, die das Sinnliche, das Leibliche, das Mütterliche und Erdverbundene an der christlichen Religion betonten, doch habe sich diese Perspektive gegenüber einer einseitig vernunftorientierten, patriarchalischen Denkweise nicht durchsetzen können, meinte *Beate Seitz*, Diplomtheologin und Referentin für Umweltethik und Frieden beim Bund Naturschutz in Bayern (Wiesenfelden). Der „Artschwund in der Schöpfungstheologie“ sei enorm, stellte sie fest und erhärtete ihren Befund noch durch ein aktuelles Beispiel: die Kleine Katholische Dogmatik von Ratzinger und Auer (1974), die unter der Rubrik „natürliche Geschöpfe“ nur Menschen und Engel verzeichne.

### Bewußtseinsbildung durch Schöpfungstheologie

Wie könnte nun eine christliche Umweltethik, eine *ökologisch orientierte Theologie* aussehen und welche Erwartungen richten sich in diesem Zusammenhang an die Kirchen? Dazu muß man sich klarmachen, daß die Frage, wie der Umweltzerstörung Einhalt geboten werden kann und wie sozialer Fortschritt sich mit ökologischen Erfordernissen vereinbaren läßt, heute

zu einem zentralen Problem der westlichen Industrienationen geworden ist. Die Umweltdiskussion hat eine ethische Qualität erlangt, bildet gleichsam einen Brennspeigel, in dem nicht allein die Problematik des technisch-zivilisatorischen Fortschritts erfaßt wird, sondern auch die des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt und außerdem der mögliche Zusammenhang zwischen der Umweltkrise und der „Innenweltkrise“ des Menschen, von dem auch Rock sprach.

Daß den Politikern der traditionellen Parteien und auch den amtlichen Umweltschützern diese Aufladung des Ökothemas nicht sehr gelegen kommt, läßt sich denken, und über das Aussteigertum und die widersprüchlichen, politisch unrealistischen Forderungen der Grünen wurde auch auf dieser Tagung wieder Einschlägiges gesagt. Immerhin, die Herausforderung, der *Begründungszwang für die Politiker* bleibt – die im übrigen den Umweltschutz inzwischen auch als eine ressortübergreifende Aufgabe und als Teil ihrer politischen Gesamtverantwortung sehen, wie Bayerns Umweltminister *Alfred Dick* bekräftigte.

Der CSU-Abgeordnete *Alois Glück*, Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen im Bayerischen Landtag, gab sich überzeugt, daß der Umweltschutz in einer konservativen Partei am besten aufgehoben sei. Um so mehr bedauerte er es, daß Konservative und Christen hierzulande „sowenig Beziehung zum Wert der scheinbar wertlosen Dinge“ hätten. Gerade hier erwarten sich die Politiker einiges von einem verstärkten Engagement der Kirchen – entsprechend äußerte sich sowohl Glück als auch Ministerialdirektor *Werner Buchner* vom bayerischen Umweltministerium, der als Tagungsleiter an der Veranstaltung mitwirkte. An protestierende Ökopfarrer dachten sie dabei allerdings weniger und gegen eine Klerikalisierung der Politik wehrten sie sich entschieden. Nein, die Kirchen sollten nicht selber Umweltschutz betreiben; sie sollten vielmehr zur Bewußtseinsbildung beitragen, indem sie die Schöpfungstheologie neu entfalten

und in die tägliche Pastoral und den Weltdienst der Laien einbringen.

An verschiedenen Ansätzen dazu fehlte es im letzten Jahrzehnt nicht – wobei die Initiative aus dem protestantischen Raum kam. Evangelische Theologen und Akademien beschäftigten sich mit der Fragestellung, und der Ökumenische Rat der Kirchen hat das Thema auf seiner Weltkonferenz über „Glaube, Wissenschaft und die Zukunft“ 1979 in Cambridge (Mass./USA) behandelt. Katholischerseits bot sich – nachdem 1980 die Deutsche Bischofskonferenz das Umweltthema aufgegriffen hatte – im Franziskusjahr 1982 erneut die Möglichkeit zu einer Auseinandersetzung auf breiterer Ebene. Die franziskanischen Gemeinschaften nutzten den Anlaß zu drei bemerkenswerten Erklärungen, die den Umweltschutz, den Frieden und die Herausforderung durch die Armut in der Dritten Welt betreffen und in kompromißloser Härte deutlich machen, wie die Nachfolge des Franz von Assisi in dieser Welt zu leisten wäre – jenes Heiligen, der in der menschlichen Besitzgier und Herrschsucht die größte Verkennung Gottes und seiner Schöpfung gesehen hat.

### Ökologie als personale Ethik

Der Diskussionsstand innerhalb der katholischen Theologie, soweit er sich auf dieser Tagung widerspiegelte, läßt *zwei Tendenzen* erkennen: zum einen den Versuch, die christliche Umweltethik in den Rahmen einer philosophisch-ethischen Begründung menschlichen Handelns zu stellen, zum andern eine Sichtweise, in der Natur als eine selbständige Größe, nicht nur in ihrer Beziehung zum Menschen, erscheint. Dazwischen wurde vor allem pragmatisch argumentiert. Etwa, wenn Rock von der Natur als einem wichtigen Sinnpotential für den Menschen spricht, vom (biblischen) Zusammenhang zwischen Ökologie und Ökonomie, von der Schicksalsgemeinschaft zwischen Mensch und Natur und vom Umweltschutz als Menschenschutz. Gerade bei Rock fand sich aber auch jene andere Argumentationsebene, die der

Natur sozusagen ihr eigenes Recht zukommen läßt. Da ward der christliche Schöpfungsglaube gegen die „Demontage der Natur“ gesetzt, ward – aufgrund ihres göttlichen Ursprungs – die letztliche „Unverfügbarkeit“ der Natur apostrophiert. Begriffe wie „Ehrfurcht“, „Verteidigung der Natur“ tauchten auf, und relativ ungeschützt – „emphatisch“, wie er selbst meinte – brachte Rock auch den Terminus „Theologie der Natur“ ins Gespräch.

Dagegen begründete sein Münchner Kollege *Wilhelm Korff* seinen Entwurf einer Umweltethik in einer personalen Ethik, die sich sowohl der Vernunftphilosophie des Thomas von Aquin als auch der Aufklärung verpflichtet weiß und im übrigen radikal mit der Hoffnung aufräumte, daß es jemals ein „Zurück zur Natur“ geben könne. Maßstab dieser Ethik sei das moralische Subjekt, der mit Vernunft und Freiheit ausgestattete Mensch, der – hierin Bild Gottes (vgl. Gen 1,27) – das Ursprungsprinzip seiner eigenen Werke und Handlungen ist und überdies an der göttlichen Vorsehung partizipiert. Der verantwortliche Umgang mit der Natur sei dieser Vernunft – die

freilich eine fehlbare, weil endliche ist – gleichsam schon einprogrammiert. – Ein Ansatz, der den Vorzug der Geschlossenheit und logischen Stringenz besitzt, der aber dennoch – vor allem seines hohen Abstraktionsgrades und seiner verborgenen Harmonisierungstendenz wegen – zahlreiche Einwände aus dem Publikum provozierte.

Unklar bliebe, weshalb Korff, da er sich auf Thomas berief, nicht stärker auf die ontologisch-naturrechtliche Komponente dieser Tradition abhob. Es ist gewiß ein Verdienst des Christentums, die Würde der Person herausgestellt und den Menschen durch den Glauben an den einen Schöpfergott aus der Abhängigkeit von magisch und mythisch erlebten Naturgewalten befreit zu haben (Korff spricht hier von einem Entdivinisierungsprozeß). Inzwischen jedoch hat sich das Kräfteverhältnis umgekehrt: Der Mensch hat nicht allein gelernt, sich die Natur nutzbar zu machen und sie weitgehend zu beherrschen; er ist heute auch in der Lage, seine eigene Gattung und womöglich alles Leben auf diesem Planeten auszulöschen. Auch dies hat eine christliche Umweltethik zu berücksichtigen. *H. M. R.*

1979 (*Gabriel Arnauld*, in: *La Croix*, 5. 7. 83) durchaus nicht nur Stillstand in den Nord-Süd-Gesprächen. So bemühte sich *Jan Pronk*, stellvertretender Generalsekretär der UNCTAD, ehemaliger niederländischer Entwicklungsminister und Mitglied der unter Vorsitz von *Willy Brandt* arbeitenden Nord-Süd-Kommission, am Vorabend von UNCTAD VI auf dem von den nichtstaatlichen Organisationen und Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit im Mai dieses Jahres veranstalteten Bonner Symposium „Gemeinsam aus der Krise“ (vgl. HK Juni 1983, S. 285) einen gedämpften Optimismus zu verbreiten, und der schien nicht völlig aus der Luft gegriffen. Schon auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage werde sich UNCTAD VI von ihren Vorgängerinnen unterscheiden, meinte Pronk. Nord wie Süd hätten einen weltweiten wirtschaftlichen Aufschwung nötig. Mehr denn je werde eine globale Politik gebraucht, um auf dem Weg dorthin weiterzukommen. Seit 1960 hätten zum ersten Mal über einen Zeitraum von zwei Jahren Weltwirtschaft und Welthandel abgenommen, und außerdem sei es das erste Mal, daß in den Entwicklungsländern insgesamt das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in dem Jahr, das der UNCTAD-Konferenz vorausging, gesunken sei. Als positive Anzeichen für UNCTAD VI wertete er es, daß die Entwicklungsländer sich bereitgefunden hätten, UNCTAD VI nicht nur als Nord-Süd-Konferenz, sondern als *Weltwirtschaftskonferenz* zu führen. Die Tagesordnung sei so gestaltet, daß UNCTAD VI sich wirklich mit wesentlichen Fragen beschäftigen könne. Die Einsicht in die gegenseitige Verwundbarkeit der Wirtschaftssysteme und ihre Umsetzung in eine weltweite konzertierte Aktion habe zugenommen. Und nicht zuletzt: Der Vorwurf der Industrieländer, die Entwicklungsländer würden sich nicht ausreichend vorbereiten, könne diesmal nicht erhoben werden. Ein Ergebnis dieser Arbeit stellte u. a. die sogenannte „Plattform von Buenos Aires“ dar, mit der die Länder der Dritten Welt in die Belgrader Gespräche gegangen sind.

## UNCTAD VI: Viele Wünsche – wenig Konkretes

Wenn es noch eines Beweises für das Scheitern der sechsten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI), die vom 6. Juni bis zum 3. Juli in Belgrad stattfand, bedurfte hätte, das überaus schnell erlahmte Interesse der Medien nach Abschluß der Konferenz spricht für sich. Enttäuschte Gesichter bei Vertretern der Dritten Welt und ihren Lobbyisten aus den Industrieländern; bei den Offiziellen der westlichen Industriestaaten das Gefühl, noch einmal ohne sonderlichen Gesichtsverlust davongekommen zu sein; auf beiden Seiten Erleichterung darüber, daß der Eklat, ein Abbruch von UNCTAD VI, vermieden werden konnte. Ehrlicher wäre er vielleicht gewesen. Aber eine spätere Fortsetzung der Gespräche

hätte dies kaum erleichtert. So bestätigte diese Mammutkonferenz von über 3000 Delegierten aus 166 Ländern in erster Linie, was auch schon vor Belgrad nicht unbekannt war: „das geringe Maß an Gemeinsamkeiten zwischen dem Norden, Süden und Osten über den einzuschlagenden weltwirtschaftlichen Kooperationskurs“ (Neue Zürcher Zeitung, 4. 7. 83).

### Die Erwartungen waren von Anfang an nicht hoch

Dabei waren die Erwartungen vor Beginn der Konferenz schon nicht sehr hoch gewesen. Andererseits gab es nach dem „halben Erfolg“ von UNCTAD IV in Nairobi 1976 und dem „halben Scheitern“ von UNCTAD V in Manila